

27/X. 1917

217

Zur Beteiligung des Staates an wirtschaftlichen Assoziationen.

Ministerpräsident Dr. R. v. Seidler hat in seiner gestrigen Programmrede bei Besprechung der wirtschaftlichen Aufgaben der Zukunft angekündigt, daß der gemeinschaftliche Gedanke auch im Frieden nicht mehr ganz verschwinden werde, daß aber die Frage der Zwangsorganisation sich in diejenige der staatlichen Beteiligung an wirtschaftlichen Organisationen aufzulösen haben werde. Der Wiener Korrespondent der „Bohemia“ hatte Gelegenheit, mit dem Ministerpräsidenten Dr. R. v. Seidler und dem Finanzminister Freiherrn v. Wimmer über diese Ankündigung zu sprechen.

Ministerpräsident Dr. R. v. Seidler sagte: „Es handelt sich hier nicht um die Ankündigung eines bereits ausgearbeiteten Projekts, sondern um die Aufwerfung des alten Syndizierungsgebankens. Nach meiner Meinung werden die gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen nach Friedensschluß in der Volkswirtschaft eine sehr große Rolle zu spielen berufen sein.“

Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer erklärte: „Das ist noch nichts Konkretes, sondern ein Projekt der Zukunft. Es ist, was ich auch heute in meinem Exposé angedeutet habe, eine Beteiligung des Staates an wirtschaftlichen Unternehmungen denkbar, es wird künftig eine neue Form der Heranziehung der Unternehmungen zur Beitragsleistung für Staatszwecke gesucht und gefunden werden. Es wird schon jetzt sehr viel davon gesprochen, daß der Staat an dem Gewinn großer Unternehmungen partizipieren soll. In welcher Form, das ist noch nicht bestimmt. In dieser Richtung wird man erst nach dem Friedensschluß einen genaueren Ueberblick und sichere Grundlagen finden können.“